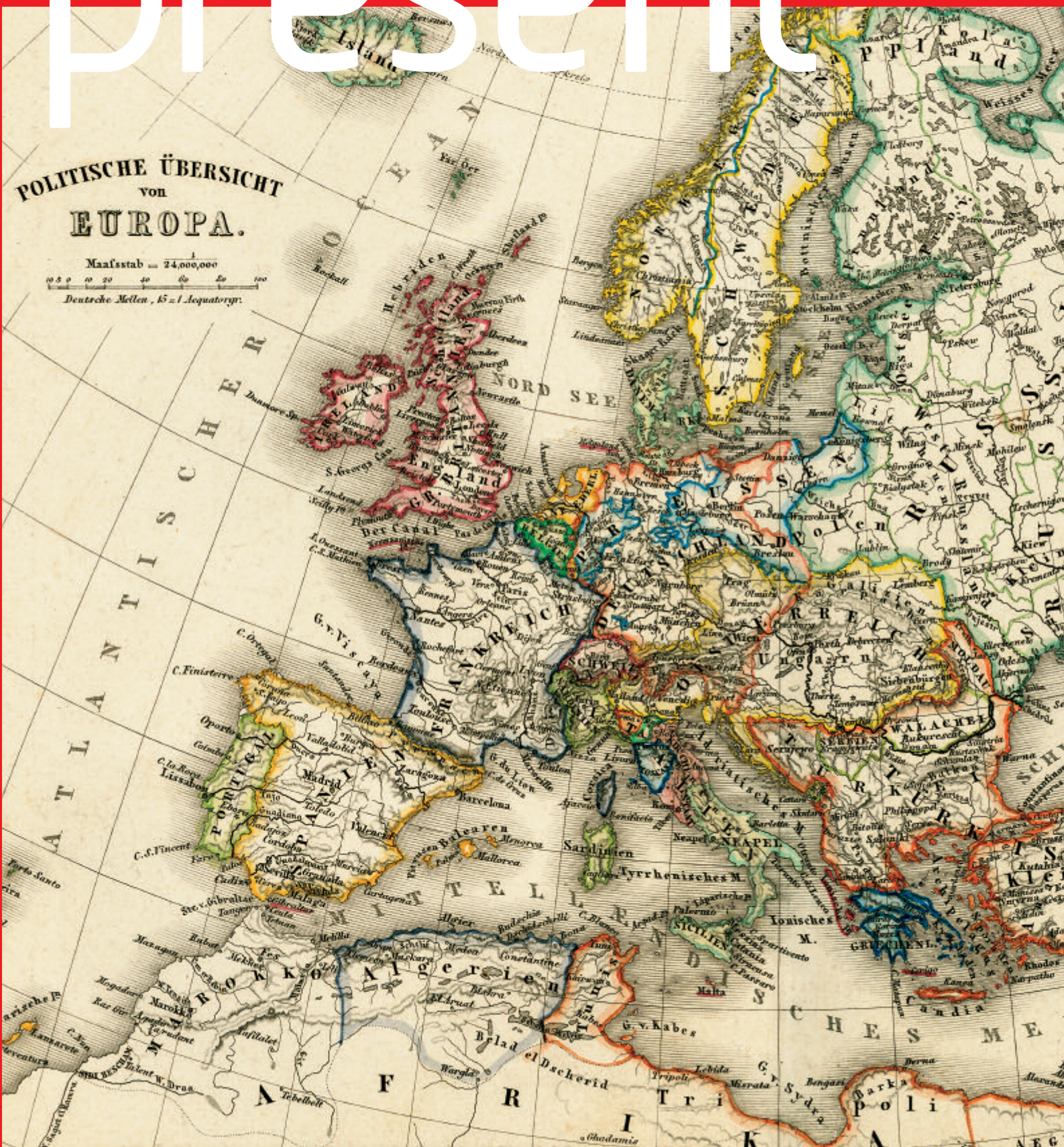
Nachrichten aus dem
Würth Haus Berlin 02.2005

Beiträge von
Joschka Fischer
Michael Klett
Manfred Kurz

present



Inhalt

Editorial	3	
Michael Klett	4	EDELPROVINZ BERLIN
Joschka Fischer	6	WEGE (UND UMWEGE) NACH EUROPA – ALTE UND NEUE PERSPEKTIVEN
vox populi	20	30 % Parlamentarismus = 70 % Frust
	22	Wirtschaftspreis 2005 der Union Mittelständischer Unternehmen an Ministerpräsident Kurt Beck
Think Europe!	25	Noch einmal nachlesen und weitermachen!
Berlin-Tipp	27	»Albert Einstein – Ingenieur des Universums« im Kronprinzenpalais Unter den Linden

Impressum

present ist die Zeitschrift des Würth Hauses Berlin. Bei allen Manuskripten wird vorausgesetzt, dass der Autor mit einer redaktionellen Bearbeitung einverstanden ist. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

present erscheint vierteljährlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Umschlag und Insert:
Das politische Europa, 1856

present Nr. 2.2005, 1. Jahrgang

Herausgeber und Redaktion:
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)
Manfred Kurz
Würth Haus Berlin
Repräsentanz der Würth-Gruppe
Inselstraße 16
D-14129 Berlin (Nikolassee)
Tel. +49 (0)30 5 68 26 90
wuerth.berlin@wuerth.com
http://www.wuerth.com

Lektorat: Dagmar Lutz, München
Layout: Peter Langemann, München
Druck: Sellier, Freising

Editorial

Wir haben zu danken: Lob und Komplimente unserer Leser für unser erstes Heft, present 1/2005, haben uns sehr gefreut. Wir fühlen uns gleichermaßen geehrt wie darin bestärkt, den einmal eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und weiter zu entwickeln. Sie dürfen also auch weiterhin ungewöhnliche Positionen zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen erwarten, Würth bezieht als Unternehmer Stellung.

Einen Leserhinweis mit dem Wunsch nach kürzeren Textbeiträgen wollen wir einerseits nicht unberücksichtigt lassen, bitten allerdings auch um Verständnis dafür, dass wir uns nicht hauptsächlich auf Über- und Bildunterschriften verlassen wollen. Nicht jedes Thema ist eben dafür geeignet, im Schnelldurchlauf abgehandelt zu werden. Für Grundsätzliches bieten wir ausreichend Platz, uns nicht der Hektik und den Zwängen des Alltags beugend.

Dies trifft exemplarisch auf den Beitrag von Bundesaußenminister Joschka Fischer zu. Der Minister stattete dem Würth Haus Berlin einen Besuch ab. Im Rahmen unserer Jour fixe-Reihe sprach Fischer zum gegenwärtigen krisenhaften Stand der Europäischen Union und zeigte Auswege daraus auf. In »Wege nach Europa« unter dem Zusatz Umwege veröffentlichen wir auf Seite 6 Passagen aus einer Rede des Ministers im Würth Haus Berlin, um den Grundsatzcharakter seiner Kernaussagen zu erhalten.

Dr. h. c. Michael Klett, nobler Verleger und Unternehmer, blickt von Stuttgart aus nach Berlin. Er tut dies mit einer Polemik und bat um Zustimmung dazu, »weil die Form der Polemik nahezu verschwunden ist«. Gerne sind wir einverstanden, das Ergebnis finden sie auf Seite 4.

In politisch turbulenten Zeiten kommt Volkes Stimme eine besondere Beachtung zu. »Vox populi« beschäftigt sich also diesmal auf Seite 20 mit der angestrebten Neuwahl zum Deutschen Bundestag.

Einstein in Berlin. Als einen Höhepunkt des Einsteinjahres 2005 weisen wir auf Seite 27 im Rahmen unseres »Berlin Tipps« auf die bemerkenswerte Ausstellung »Albert Einstein – Ingenieur des Universums« hin und wollen damit natürlich auch zu einem Besuch Berlins animieren.

Ich wünsche Ihnen angenehme und anregende Unterhaltung mit present 2/2005. Gespannt bin ich auf Ihre Kommentare, ich freue mich auf Ihre Zuschriften und bin

mit freundlicher Empfehlung

Ihr *Manfred Kurz*

EDELPROVINZ

Michael Klett

Berlin ist eine Reise wert – und war es eigentlich immer, seit die einstigen Teildörfer Berlin und Cölln zusammenwuchsen. Mein erster Besuch fand während der Kuba-Krise statt: Die vibrierende Nervosität und der nervige Galgenhumor der Bevölkerung, die noch den Untergang des Dritten Reichs in Knochen und Gemüt hatte, waren ein Erlebnis. Kurze Zeit darauf erschien John F. Kennedy und versuchte, den heute legendären deutschen Satz zusammenzustammeln, mit dem er sich zum Berliner erklärte. Alle, die es hörten, betrachteten dies als eine Art Meilenstein – und das war es ja wohl auch.

im Hohenlohe-Kreis
Foto: Margarete Motrach

In Berlin ist eigentlich immer etwas los gewesen: Die Immigration der Franzosen nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes, die friderizianischen Kriegserlebnisse, die brillanten französischen Intellektuellen an der Tafel Friedrichs des Großen, die napoleonische Besetzung, die preußischen Reformen, die Revolution von 1848 mit den grässlichen Folgen für Deutschland, Reichsgründung, Demokratiebeginn, Gründerjahre, der Erste Weltkrieg, die »Goldenen Zwanziger« und so weiter. Hätte es dies alles nicht gegeben, wäre allein schon das Werden und Vergehen Preußens ein grandioses Drama gewesen.

Berlin ist wie eine Bühne

Berlin ist in all diesen Zeiten wie eine Bühne, deren Kulissen verschoben oder ausgewechselt werden. Es nannte und nennt sich Hauptstadt. Aber ist es das eigentlich jemals gewesen? Ist es heute eine Kapitale? War es dies vielleicht im Dritten Reich, als Kommandozentrale des Diktators? Doch alles in allem war es doch eigentlich nie ein wirkliches Zentrum, das den Rest des Landes zur Provinz gemacht hätte.

BERLIN

Und so ist es noch heute: Niemand in Deutschland schaut auf Berlin, weil dort Lebensart, Eleganz, neue Redewendungen und Moden geprägt werden, die man sich dann auf dem weiten flachen Land aneignet. Eine zentral angesiedelte Presse oder die Spitzenpräsenz großer Konzerne – Fehlanzeige! Ist denn also Berlin nicht genauso Provinz wie jeder andere Ort in unserer Republik? Oder andersherum: Ist nicht ganz Deutschland »Unprovinz« oder besser »Welt« und Berlin nicht mehr als ein Mit-Ort dieses Zustands?

Wie könnte es denn in Zukunft sein? Sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs könnte doch die Stadt an der Spree allmählich zu einer normalen europäischen Hauptstadt werden. Neben den Botschaften aus der weiten Welt hat sie ja immerhin schon Niederlassungen und diplomatische Dienste ihrer eigenen Bundesländer. Gut, doch wo ist andererseits – und dies ist die entscheidende Voraussetzung – eine entsprechende Agglomeration von Intelligenz, ein gefügtes kultiviertes Bürgertum und eine politische Klasse, die, was die existentiellen Anliegen ihrer Bürger angeht, einigermaßen leistungsfähig ist?

Berlin, Gendarmenmarkt, 1928

Foto: Transocean

Sinnbild eines Abwärtstrends?

Berlin ist seit seiner Ausrufung zur Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland Sinnbild eines Abwärtstrends. Da müsste also erst einmal der Beweis erbracht werden, dass diese Tendenz sich wenden lässt. Die symbolischen Versprechungen, die architektonischen Bestrebungen unserer politischen Chargen jedenfalls, die in ihrer großmannssüchtigen Monumentalität an einen Albert Speer auf demokratisch denken lassen, sind so gesehen nicht mehr als Illusionen politischer Erfolgskraft. So wirken sie eher wie aufgeblasene Leistungsversprechen und deuten auf einen Reichtum, der längst verspielt ist.

Man taucht trotzdem immer wieder gerne in dieses schön-hässliche Häusermeer, weil diese Stadt eben so oder so immer das Dramatische des Lebens an sich zu ziehen scheint. Somit hat sie die Aufmerksamkeit all derer auf ihrer Seite, die sich nicht langweilen wollen. ⊡

WEGE (UND UMWEGE) NACH EUROPA – ALTE UND NEUE PERSPEKTIVEN

Eine Grundsatzrede
von Joschka Fischer,
Bundesminister des Äußeren,
im Würth Haus Berlin
am 28. Juni 2005.

Das Krachen im Gebälk der Europäischen Union war beträchtlich: Mit einem wahren Donnerschlag fegte das negative Votum der Franzosen und Niederländer den Vertrag über eine europäische Verfassung vorläufig vom Tisch.
Ratlosigkeit war allenthalben die Reaktion auf der politischen Bühne. Ein Scheitern des Verfassungsreferendums hatten ihre Fürsprecher für so unwahrscheinlich gehalten, dass auch Wochen später noch keine richtungweisende Antwort auf die Frage zu hören war, wie es denn nun weitergehen solle.
Einen ersten Versuch unternahm, auf unsere Bitte hin, Bundesaußenminister Joschka Fischer. Er zeichnete ein realistisches Bild der gegenwärtigen Situation in der Europäischen Union, das der Brisanz und Aktualität des Themas angemessen Rechnung trug. Hierbei wurde einmal mehr deutlich, dass eine weitere europäische Integration ohne Gestaltungspotential und Dynamik der Wirtschaft nicht zu bewerkstelligen ist. Dass der Vizekanzler seine Gedanken ausgerechnet in einer Wirtschaftsrepräsentanz äußerte, unterstreicht die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher und politischer Prosperität.
Ein interessierter Kreis aus Vertretern von Politik, Wirtschaft, Diplomatie und Gesellschaft verfolgte gespannt den Vortrag des Außenministers. Phoenix TV schloss sich dem erhellenden Blick hinter die Mauern des Auswärtigen Amtes an und sendete in ganzer Länge eine Dokumentation dieses Abends im Würth Haus Berlin.

Joschka Fischer

Meine Damen und Herren!

[…] Am heutigen Tag hatte ich einen Kollegen aus der Karibik zu Besuch. Gleich das zweite Thema, das angesprochen wurde, war China. Auch bei meinem letzten Lateinamerikabesuch stieß ich überall auf chinesische Delegationen. Und in Gesprächen mit Regierungsmitgliedern, ob in Chile, Brasilien oder anderswo, war stets eines klar: Es gibt einen neuen Faktor, der überall präsent ist, und der heißt China. Gleichzeitig sehen wir die dramatische Entwicklung des Ölpreises: über 50 Dollar das Barrel. Und es ist noch nicht absehbar, auf welcher Höhe er sich einpendeln wird. Die heimische Stahlindustrie ist begeistert über ihre neuen Exportchancen und erwägt sogar den Neubau von Kokereien in China.

Zugleich fand in Berlin die erste gemeinsame Rohstoffkonferenz von Unternehmerverbänden und der Bundesregierung statt, weil vor allem der Mittelstand über explodierende Rohstoffkosten klagt und darunter zu leiden hat. Wir stellen fest: In den Welthandelsströmen ist es zu einem Umkehrschub gekommen, und neue Wettbewerber positionieren sich. Auch bei meinem letzten Besuch im westpazifischen Raum – in Australien, Neuseeland, aber auch Südostasien – gab es nur ein Thema: Das war die Entwicklung in der Region China und Indien. Lateinamerika wird Brasilien folgen. Wir stellen hier eine Umkehrung der Handelsströme fest: Das ist einerseits durchaus positiv, zieht aber auch massive Konsequenzen bei den Rohstoffpreisen nach sich und hat spürbare Auswirkungen auf die Ökologie.

Foto: Andreas Amann, Berlin

Ökologische und sicherheitspolitische Konsequenzen

Das heißt: Wir sind Zeugen einer neuen Entwicklungsphase der Weltwirtschaft. Und zwar mit Akteuren einer Größenordnung, wie wir sie bislang nicht kannten. Für die Weltwirtschaft galt bisher die Formel 20/80, was besagt: Rund 20 Prozent der Menschheit nehmen daran teil, sind die Gewinner und verursachen zugleich die großen globalen Probleme. Diese Formel ist dabei sich zu verändern, und etwa innerhalb der nächsten

beiden Jahrzehnte werden sich die Proportionen bis zum Verhältnis 40/60 und schließlich 60/40 verschieben.

Einiges möchte ich noch ergänzen mit Blick auf unsere unmittelbare Nachbarschaft. Denn die Umkehrung der Handelsströme, der »Staubsaugereffekt« der Megaökonomien, die in Süd- und Ostasien, aber auch andernorts entstehen, wirft natürlich neue Fragen auf: nach dem Zugang zu Ressourcen und der Verteilung von Macht, aber auch nach der künftigen Position unserer deutschen Volkswirtschaft und derjenigen der EU. Wo liegen die Chancen der Zukunft? Davon hängen Arbeitsplätze, Gewinn- und Einkommenschancen und letztlich die Finanzierung von sozialem Sicherungssystem, Bildung und Ausbildung ab: all dem also, was man Wohlstand nennt.

Ignoriert man die ökologischen Konsequenzen mit der These, wir könnten uns eine ökologische »Auszeit« erlauben, zeugt dies meines Erachtens nicht nur von Kurzsichtigkeit, sondern schon von extremer Blindheit. Ein Besuch in Peking macht gerade jetzt klar, wo die Herausforderungen tatsächlich liegen.

All dies wird zudem massive sicherheitspolitische Auswirkungen haben, so dass im Grunde jedem klar sein müsste: Nur ein solide integriertes Europa ist in der Lage, die Interessen von Unternehmen – unserer deutschen sowie italienischer, französischer oder solche der neuen Mitgliedsstaaten – wirksam zu vertreten und eine neue Balance im internationalen Konzert herzustellen. Und nur eine starke EU kann die notwendige Sicherheit garantieren, mit einer tragfähigen transatlantischen Rückversicherung.

Gewinner und Verlierer werden dieselben sein

Und nun die entscheidende Frage: Wird ein solcher Aufstieg, wie seinerzeit im wilhelminischen Deutschland, zu einer Destabilisierung führen? Muss man also in Kategorien großer Konflikte denken?

Ich halte dies für völlig antiquiert. Denn worum sollte es in diesem Konflikt gehen? Gewinner und Verlierer werden angesichts des hohen Einsatzes ohnehin dieselben sein. Die Vorstellung, es könne sich eine Nation heute noch zu Lasten anderer Ressourcen sichern, ohne dass dies über steigende Marktpreise geregelt würde, ist obsolet. Es hätte in der Weltwirtschaft einen so starken Desintegrationseffekt, dass der Gewinner zum Verlierer würde und umgekehrt. Ich erwähne das, weil das Umfeld, in das wir uns hineinbewegen, für die Frage der Bewertung der Notwendigkeit eines geeinten Europa von entscheidender Bedeutung ist.

Sicherheitspolitische Erwägungen

Ein zweiter wichtiger Punkt bezüglich unserer unmittelbaren Nachbarschaft sind die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Ich lasse hier Afrika einmal außen vor, allerdings mit dem Hinweis, dass es als direkter Nachbarkontinent eigentlich höchste Aufmerksamkeit verdient. Begänne Afrika seine Konflikte zu expor-

tieren, tangierte dies auch Europa unmittelbar. Insofern sollten wir uns hüten, es als vergessenen Kontinent zu behandeln, und höchstes Interesse daran setzen, dort auch unter schwierigen Bedingungen Kooperation, wirtschaftlichen und demokratischen Fortschritt zu fördern. Ich halte dies für realistisch, gerade angesichts jüngster Entwicklungen in der Afrikanischen Union und eines deutlichen Bewusstseinswandels bei den wichtigsten Akteuren – trotz aller großen Tragödien, Krisen und Konflikte, die sich auf diesem Kontinent abspielen.

Von entscheidender Bedeutung für unsere Sicherheit wird die Lage im Mittelmeerraum sein. Ob hier Kooperation oder Konfrontation herrscht: Das ist die zentrale Sicherheitsfrage, so wie in Zeiten des Kalten Krieges die Sicherheit West-Berlins für ganz Europa Bedeutung hatte. Ein Blick auf die östlichen Mittelmeerstaaten zeigt, dass wir es dort zu tun haben mit starkem Bevölkerungswachstum, schwachen Nationalökonomien, niedrigem Handelsniveau, wenig Austausch und geringer Dynamik.

Wohin gehen in dieser Region die volkswirtschaftlichen Investitionsströme? Ungeachtet großen Reichtums an Ressourcen, vor allem bei Öl und Gas, finden Investitionen nicht in dem Maße statt, wie es erforderlich wäre, um die enorme Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch eine sehr junge Bevölkerung zu befriedigen. Diese Region leidet unter einer Blockade der Modernisierung, ursprüngliche Ansätze waren weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich erfolgreich. Hinzu treten alte wie neue Konflikte mit ideologischem Sprengstoff.

Blick in den Nahen und Mittleren Osten

Ein alter Konflikt ist etwa der israelisch-palästinensische, der parallel fortexistiert zu neuen Gefahren, wie dem Dschihad oder islamistischem Terrorismus. Diese brisante Konstellation ist eine große Herausforderung – und die USA haben hier entscheidende Verantwortung übernommen, indem sie nach Bagdad gingen. Und genau darin lag aber unser Zweifel an diesem Partner begründet: Ob er sich wirklich darüber im Klaren war, was es bedeutete, Verantwortung – auch im politischen Sinne – für diese Region zu übernehmen, mit der Invasion des Irak.

Ein einziger Blick auf diese Weltgegend offenbart ihre Instabilität und die Herausforderungen, die dort auf uns warten: israelisch-palästinensischer Konflikt, israelisch-arabischer Konflikt, die Frage nach dem Gelingen von Modernisierung und Demokratisierung. Im Libanon ist man einen Schritt vorangekommen, doch was wird mit Syrien? Die Öffnungstendenz in Ägypten ist erfreulich, doch wer weiß, ob sie voranschreitet, und welche Konsequenzen sie zeitigt? Wie wird sich die Entwicklung des Maghreb gestalten? Ein Blick auf Saudi-Arabien

machte deutlich, welche Transformations-Probleme auch dort auftauchen. Wird sich im Irak trotz des Terrors die Demokratie stabilisieren, ist der Zusammenhalt des Landes in Gefahr? Und hinter den nuklearen Plänen des Iran verbergen sich auch regionale Ambitionen.

Allesamt Konfliktherde in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, und in diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Sicherheit: Ihr Erhalt setzt ein handlungsfähiges Europa voraus. Im Nahen und Mittleren Osten wird die EU unterschätzt, auch was sie etwa im israelisch-palästinensischen Konflikt geleistet hat. Die »Roadmap« ist eine europäische Initiative, eine europäische Idee. Die maßgeblichen Ansätze zur Transformation bis in den Sicherheitsbereich werden vorwiegend durch europäisches Geld und Aktivitäten unterstützt, selbst bei Aspekten der Sicherheit. Ohne unsere Partnerschaft bei der Modernisierung, ohne unsere Stabilitäts- und Assoziationsabkommen, ohne das ganze Instrumentarium der Europäer besäße diese Region noch wesentlich weniger Perspektiven und wäre meines Erachtens auch noch weit weniger stabil.

All dies reicht jedoch bei weitem noch nicht aus. Europas Außenwirkung ist gehemmt durch das Prinzip der rotierenden EU-Präsidentschaft: Alle sechs Monate wird sie neu besetzt, entwickelt ganz legitim auch national definierte Ansprüche und Akzente. Hinzu treten Europäische Kommission und Europa-Rat: Unser Kontinent artikuliert sich immer im Dreiklang, was unsere Partner oft nicht mehr verstehen. Eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik ist daher dringend erforderlich, im Interesse der Mitgliedsstaaten und anderer.

Außenpolitik ist immer auch strategisch

Gerade die jüngsten Entwicklungen im Iran erfüllen mich mit Sorge. Welchen Weg wird dieses Land gehen? Die Verhandlungen waren bisher schon extrem schwierig. Unter der Prämisse, dass die Pariser Vereinbarung eingehalten wird und die Nuklearanlagen unter Kontrolle der IAO stillgelegt werden, muss man die Verhandlungen jedoch unbedingt fortführen. Übersehen darf man dabei natürlich auch nicht die Rolle des Iran im Nah-Ost-Konflikt und die Frage der Menschenrechte in diesem strategisch so immens wichtigen Land. Dessen direkter Nachbar ist übrigens die Türkei.

Auf die wieder aufgeflammte Debatte über deren künftige Rolle komme ich nachher noch zu sprechen. Hier nur soviel: Außenpolitik ist immer auch strategisch, und Strategie heißt nichts anderes als Sicherheitsinteressen, Interesse an friedlichen Verhältnissen. Bilden wir uns tatsächlich ein, in dieser Situation die Türkei allein lassen zu können?

Nehme ich die europäischen Interessen zur Grundlage, erscheint mir dies extrem kurzsichtig. Ich begreife zwar sehr wohl, an welche Emotionen hier gerührt wird. Und bleibe trotzdem dabei: Es ist zu kurz gedacht.

Europa basiert auf Vielfalt

Und es geht ja weiter mit anderen Fragen, wie der Verlangsamung des Erweiterungs-Prozesses der EU. Schaue ich mir deren strategisches Umfeld und Sicherheitsinteressen an und zugleich den Auftritt bedeutender neuer Akteure auf der Weltbühne, mit denen die neue Weltordnung des 21. Jahrhunderts entsteht, dann erfüllt es mich mit Sorge, dass die Europäer nicht begreifen, wie wichtig es ist, dass sie hier eine gemeinsame Rolle spielen.

Natürlich bedeutet Europa immer auch Heterogenität. Wir Europäer werden niemals eine homogene Einheit bilden mit einer Sprache und einer Nation. Europa basiert auf der Vielfalt von Sprachen und Kulturen und gemeinsamer Geschichte. Fruchtbar verbindet sich all dies nur durch den Katalysator nationaler Eigenart. Wer diesen Mechanismus in Frage stellt, bringt das ganze europäische Einigungswerk ins Wanken.

Vielfalt kann darüber hinaus eine große Stärke sein in einer multipolaren, multilateralen Welt, wo sieben Milliarden Menschen friedlich miteinander auskommen müssen. Das ist die Zukunft dieses Jahrhunderts. In dieser Situation hat die politische Elite mit dem Vertrag zu einer europäischen Verfassung ein Integrationsangebot unterbreitet. In demokratischer Abstimmung wurde es abgelehnt, womit dem Projekt nun ein Stück demokratischer Legitimation fehlt. Machen wir uns da nichts vor.

Die Krise kommt mir bekannt vor ...

Und entsprechend ist die Wirkung. Das Tragische ist, dass dieser Verfassungsvertrag genau jene Elemente beinhaltet, die die Kritiker am europäischen Status quo bevorzugt kritisieren. Die innenpolitischen Gründe für dieses Nein lasse ich hier einmal beiseite. Die Krise, die jetzt nach den negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden entstanden ist, kommt mir übrigens bestens bekannt vor. Wir Deutschen kennen sie, auf deutsch-deutschem Terrain. Ich bezeichne sie als europäische Vereinigungskrise.

Anderthalb Jahrzehnte nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht erleben wir mit dem Beitritt neuer Länder zur EU offensichtlich eine Art Krise in den Beziehungen zwischen neuen und alten Mitgliedsstaaten, zumindest in der öffentlichen wie privaten Wahrnehmung des Phänomens Europa. Vieles an den Argumenten erscheint mir ähnlich wie beim Zusammenwachsen von Ost- und West-Deutschland. Es sind fast dieselben Emotionen, mit denen man es hier zu tun hat: An die neuen Mitgliedsstaaten verlieren wir Arbeitsplätze, sie gefährden unser

Lohnniveau und verschärfen die Konkurrenz auf unserem Arbeitsmarkt. Gerade wir Deutschen wissen jedoch, dass mit dem Fall der Grenzen auch eine neue Wirtschaftsrealität entsteht – als Hypothek, aber auch als Riesenchance für alle.

Ein Blick auf die Entwicklung der Handelszahlen in der EU der 15 und den neuen Mitgliedsstaaten belegt hier zweifelsfrei großen Erfolg. Gerade in der Wirtschaft weiß man nur zu gut, wie wichtig Diversifizierung ist, was es indes auch für unternehmerische Perspektiven eröffnet, diese neuen Märkte zur Verfügung zu haben und zu erschließen, neue Partner zu finden, neue Möglichkeiten gemischter Kalkulation und rentabler Produktion, die wiederum Arbeitsplätze hier im Inland sichert. Der Druck auf die Arbeitsmärkte ist ja auch nicht entstanden durch die Integration neuer Mitgliedsstaaten, sondern schlicht und einfach durch den Wegfall der Teilung Europas – und mit dem Ende der Teilung haben sich diese Realitäten durchgesetzt.

Rezzo Schlauch und Joschka Fischer
Foto: Andreas Amann, Berlin

Die deutsche Automobil-Industrie ist lange vor dem Beitritt Tschechiens und Ungarns mit ihrer Produktion in Billiglohnländer gegangen, nicht anders als viele Automobilzulieferer, und dies seit langer Zeit und aus sehr rationalen Gründen. Gleichzeitig entfalten sich hier Möglichkeiten, Entwicklungen nachzuholen und schnell voranzutreiben, so dass Wirtschaftsleistung und Einkommensniveau tatsächlich wachsen, und das ist ja ganz im Sinne des europäischen Integrationsprozesses.

Doch machen wir uns nichts vor: Mein Eindruck war, dass in der französischen Kampagne die jüngste Erweiterung (weniger das Thema Türkei) ganz vorn auf der Tagesordnung stand. In dieser Hinsicht bin ich auch besorgt, was die aktuelle wahlpolitische Auseinandersetzung in Deutschland betrifft. Sollen wir jetzt diesen Erweiterungsprozess stoppen oder Zusagen nicht mehr einhalten? Verträge, die bereits unterschrieben sind, nicht ratifizieren? Das klingt ja latent bei dem einen oder anderen Statement durchaus an!

Überwindung des Nationalismus

Ich kann hier nur nochmals daran erinnern, wie seinerzeit unsere Strategie für den westlichen Balkan aussah. Europa musste 1991 erleben, dass mit dem Zerfall Jugoslawiens der Krieg zurückkehrte. Als hingegen die Tschechoslowakei

auseinander brach, gelang es dort mit den Methoden des 21. Jahrhunderts, mit Hilfe eines demokratischen Prozesses, die Angelegenheit friedlich am Verhandlungstisch zu lösen. Im ehemaligen Jugoslawien aber kehrte der Nationalismus zurück: ein Nationalismus, wie wir ihn überall in Europa kennen. Und wenn es je eine »raison d'être« gab für die Gründung der Europäischen Union, dann die Überwindung des Nationalismus. Nicht der Nation, nicht nationaler Besonderheiten, sondern des Nationalismus als Ideologie, die Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast völlig zerstörte.

Besonders wir Deutsche wissen, wovon wir sprechen. Ein verbrecherischer Nationalismus hat unser Land (und andere Länder Europas) in einen katastrophalen Krieg getrieben und ihm eine fünf Jahrzehnte währende Teilung beschert. Und wo der Riss durch unser Land und Berlin ging, ging er letztlich auch durch Europa. Das wusste man 1991, als die Krise auf dem Balkan ausbrach. Und übersah trotzdem: Alle Erfolge, die wir trotz großer Probleme errangen und noch anstreben, stehen und fallen mit der europäischen Perspektive.

Ich habe in meinen sieben Jahren als Außenminister erlebt, beginnend mit dem Kosovokrieg, wie sich das Bewusstsein veränderte. Noch vor zwei Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass man mich zu einer solchen Außenministerkonferenz einlädt: in Albanien, gemeinsam mit meinen Kollegen aus Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien-Montenegro. Und alle sitzen am selben Tisch und reden über alle Probleme. […]

Langfristige Perspektiven

Es sind langwierige Prozesse, doch wir brauchen solche Perspektiven auf lange Sicht, wollen wir nicht wieder in destabilisierende Tendenzen geraten. Auch hinsichtlich des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien, die Botschaft gilt jedoch für die gesamte Region westlicher Balkan.

Der Erweiterungsprozess in Europa ist eine Herausforderung, die uns die Geschichte mit dem Ende des Kalten Krieges gestellt hat. Und die Alternativen sind bekannt: Rückkehr des Krieges und Nationalismus. Im Gegensatz zur CDU/CSU habe ich nie von einem baldigen EU-Beitritt der Ukraine gesprochen. Aber deren solide Einbindung in den Westen ist eminent wichtig für unser künftiges Verhältnis zu Russland, samt der damit verknüpften Sicherheitsfrage. Ein Rückfall in imperiales Denken wäre hier fatal. Selbstbestimmte Völker mit frei gewählten Regierungen – das muss das neue Europa sein. Die junge Generation wird uns verfluchen, wenn wir jetzt auf zentrale Fragen falsche Antworten geben. Und historische Chancen vertun, die so schnell nicht wiederkommen. […]

Europa hat im Norden, Süden und Westen natürliche geographische Grenzen: Nordsee, Mittelmeer und Atlantik. Wo aber verläuft die Grenze im Osten? De Gaulle hat einmal gesagt, zwischen Atlantik und Ural. Der Ural hat den Nachteil, dass er eine willkürlich benannte Grenzlinie ist, man hätte ebenso gut die Wolga oder den Jenisseij nehmen können. Das wäre mitten in Russland. Diese

Definition ist also nicht tragfähig. Europa wird seine Grenzen im Osten und Südosten letztlich politisch und kulturell definieren müssen. Dabei spielt die Geschichte eine Rolle, aber auch die Wahrnehmung handfester Interessen. Und es darf kein Zwischeneuropa entstehen, als Spielball Russlands (und anderer Mächte) und der Europäischen Union.

Länder mit legitimen europäischen Perspektiven dürfen wir nicht enttäuschen. Und ich sage bewusst, das gilt auch für die Türkei. […] Heute ist die Türkei gewiss nicht beitrittsfähig. Doch ohne europäische Perspektive hat sie keine echte Chance auf Modernisierung. Sondern trudelt in einem Dreieck zwischen pantürkischen Illusionen, retrogradem Islamismus und unerfülltem Integrationswillen in den Westen. Und dies in der brisanten strategischen Situation, die ich vorhin bezüglich des Nahen und Mittleren Osten definiert habe. […]

Die negativen Voten wiegen schwer

Ich habe vorhin das Problem der demokratischen Legitimation der Einigung Europas angesprochen. Über die europäische Verfassung kann man nun nicht so lange abstimmen lassen, bis einem das Ergebnis taugt. Und darf nicht übersehen, dass die negativen Voten aus zwei Gründerstaaten der EU kamen. Deswegen wiegen sie besonders schwer, vor allem das französische Nein. Man kann nicht einfach weiter gehen und Marianne stehen lassen: Sie ist die Mutter dieses europäischen Projektes. Insofern sind wir jetzt in einer sehr schwierigen Situation. […]

Das Nein in Frankreich und den Niederlanden hat uns in eine Diskussion gestürzt, die, wie ich finde, nur noch dialektisch zu verstehen ist. Und wenn Tony Blair Modifikationen fordert, hat er gar nicht einmal unrecht.

Demographische Entwicklungen schaffen Sachzwänge

Die Schwierigkeiten, die wir heute in Deutschland als Koalition haben, weshalb wir am Freitag eine Vertrauensfrage entscheiden müssen, kommen ja nicht daher, dass wir uns bequem zurückgelehnt, sondern mit der Agenda 2010 eine Aufgabe angepackt haben, die die Interessen von Millionen Wählern tangiert und dabei in vieler Augen klassischen Positionen der Sozialdemokratie widerspricht. Dieser Umstand wird nun populistisch ausgeschlachtet von den Herren Gysi und Lafontaine.

Jeder würde gerne die Renten belassen, wie sie sind. Man kann jedoch die tief greifenden Veränderungen bei der Alterspyramide und damit der Kostenstruktur der Altersversorgungssysteme nicht einfach ignorieren. In meiner Grundschulklasse hat von der Vätergeneration kaum einer die 60 erreicht. Der Vater von Manfred Kurz beispielsweise starb bereits 1966, ebenso wie der meinige.

Heute stehen wir eher vor der Frage, wer nicht die 90 erreicht. Und das hat wiederum, bedingt durch höhere Anfälligkeit für Krankheiten im Alter, Konse-

Manfred Kurz und Harald Unkelbach, im Gespräch mit Joschka Fischer
Foto: Andreas Amann, Berlin

quenzen für die Kosten im Gesundheitswesen. Was sich seinerseits auf den Arbeitsmarkt auswirkt, weil wir das alles über die Bruttolöhne finanzieren. Im Klartext heißt das, dass wir mit den Renten nicht einfach so weitermachen können. Andererseits müssen wir uns aber auch hüten vor einem krassen Individualismus in dem Sinne: Soll halt jeder schauen, wo er bleibt. Dies wäre Sprengstoff für die Gesellschaft, mit fatalen politischen Konsequenzen.

Jeder weiß, dass wir Zuwanderung brauchen werden – spätestens am Ende des Jahrzehnts, vermutlich sogar früher. Doch niemand wagt dies auszusprechen, weil es nicht populär ist. Jeder weiß, dass wir mehr für Kinder investieren müssten, nach französischem Vorbild. Doch nach wie vor werden die Prioritäten anders gesetzt. […]

Was kann Europa beitragen?

Was kann Europa hierzu beitragen? Für erhöhte Wettbewerbsfähigkeit sorgen: Wir müssen das machen, natürlich auch unsere italienischen und französischen Freunde, jeder im Grunde. Das ist natürlich noch keine Antwort auf die europäischen Herausforderungen insgesamt. Nehmen Sie nur die Polemik über den Agrarmarkt: Intensiv haben wir über Jahre hinweg darum gestritten, den Anteil des Agrarbudgets zu reduzieren, und einen Rückgang von 80 auf 40 Prozent erreicht. Der britische Agrarscheck ist im Übrigen auch nicht von schlechten Eltern, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf. Doch ich halte hier eine Perspektive von unter 30 Prozent auf mittlere Sicht für realistisch. Das ist weniger ein Problem der neuen Mitgliedsstaaten. Wie sehr etwa die polnische Landwirtschaft profitierte, das hat in diesem Land zu einem Stimmungsumschwung in Richtung Europa geführt. Auf rein nationaler Basis hätte es eine solche Entwicklung niemals gegeben. Nein, meine Damen und Herren, in diesem Punkt bin ich für Ehrlichkeit. Die Agrarfinanzen sind wirklich vergemeinschaftet.

Anders die Finanzen für die Forschung. Wenn wir die nationalen Forschungsmittel mit denjenigen der EU addierten, das gäbe eine ehrliche Rechnung. Dann sähe man: So schlecht stehen wir gar nicht da. Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich wünsche ich mir da mehr Mittel. Ich plädiere ja nicht für die Beibehaltung der Agrarsubventionen. […]

Modernisierung ist unabdingbar

Wie auch immer, Modernisierung ist unabdingbar. Das Wesentliche wird dabei allerdings von Volkswirtschaft und Politik auf nationaler Ebene geleistet werden müssen. Bleibt die Frage, weshalb eine Direktive wie die Bolkenstein-Richtlinie (also ein europäisches Gesetz zur Liberalisierung des Dienstleistungswesens) dermaßen als Bedrohung empfunden wird. Das ist nämlich einer der Gründe, warum

das Nein gesiegt hat. Und wir müssen uns eine Antwort darauf einfallen lassen. Im Grunde ist die ökonomische Modernisierung in Europa ja recht erfolgreich vorangetrieben worden. Da gab es viele umfangreiche und hochkarätige Projekte, und da ich auch den italienischen Botschafter hier sehe, fällt mir gleich ein, wie ich dafür gestritten habe (damals noch aus der Opposition), dass auch die Lira zum Euro wird. Die Einführung des Euro bedeutete doch für viele, über die fiskalische Disziplin eine Modernisierung ihrer Volkswirtschaft vorzunehmen, und das gilt bis auf den heutigen Tag.

Überlegen Sie mal, wo wir heute bei diesen Währungsschwankungen stünden, hätten wir noch die alte nationale Reserve-Währung der D-Mark und die ganze Währungsschlange! Wie viele Auf- und Abwertungen hätten wir inzwischen bewältigen müssen, wie viel Währungs-Spekulation, mit all ihren Verwerfungen und Reibungen – und wie stehen wir heute mit dem Euro da!

Was empfinden die Menschen als bedrohlich?

Trotzdem wird es, aus meiner Sicht, entscheidend darauf ankommen, dass wir klar verstehen: Was stört die Menschen an diesem Europa, jenseits der aktuellen Vereinigungskrise? Was finden sie an der wirtschaftlichen Liberalisierung so bedrohlich?

Und ich muss sagen, ich sehe mit gewisser Sorge auch hier in Deutschland eine Mischung aus Sozialpopulismus, Ausländerfeindlichkeit und Euroskeptizismus entstehen. Diese Richtung repräsentiert Oskar Lafontaine. Und stellt sich auf die Schultern der PDS. Hat diese Mischung Erfolg, so wird sie die Volksparteien in eine neue Richtung drängen. Das ist die eigentliche Befürchtung, die ich dabei hege. Denn in diesem Fall droht Deutschland eine tendenzielle Abkehr von seiner traditionellen integrationspolitischen Orientierung. Und das in Verbindung mit dem französischen Nein. Daraus können meines Erachtens sehr ernste Konsequenzen erwachsen.

Die Antwort ist klar. Wir werden in Europa, wir werden hier einen Anpassungsprozess erleben. Das ist nicht nur eine Frage der Arbeitslosigkeit selbst: Hinter ihr steht im Grunde genommen eine generelle Angst vor dem Verlust fester institutioneller Bindungen.

Der Verlust institutioneller Bindungen

Als ich noch zur Schule ging, war ganz klar: Wer nicht aufs Gymnasium ging, machte eine Lehre – da ging man zu Daimler, da ging man zu Bosch oder anderen bedeutenden Firmen in Stuttgart. Wo schon der Vater in die Lehre gegangen war und noch arbeitete, bei vielen auch der Großvater. Diese institutionelle Sicherheit geht verloren. Heute heißt es: Werde ich in meinem Beruf länger als zehn Jahre bleiben? Werde ich überhaupt mit diesem Beruf einen Erfolg versprechenden Start haben?

Wir haben eine ganz andere Arbeitswelt als damals. Setzt man hier aber nun auf radikalen Individualismus, ruft dies vermutlich Gegenkräfte auf den Plan, die wir uns nicht wünschen sollten. Und deshalb ist ein modernes Sozialstaatswesen in Kontinentaleuropa von entscheidender Bedeutung. Die Überwindung des Nationalismus, das war Sache der EU, im Inneren jedoch war der Sozialstaat das Entscheidende: das, was man soziale Marktwirtschaft nannte. Nun lässt sich aber nicht alles beliebig unter diesen Begriff subsumieren. Sind plötzlich Millionen der Meinung, das sei zwar eine Marktwirtschaft, aber kaum noch sozial, dann hat man ein Problem, ob einem das politisch gefällt oder nicht.

Ich habe Ihnen vorhin die Grenzen der Finanzierbarkeit aufgezeigt und weiß, wie hart der Wettbewerb ist. Andererseits werden wir ein soziales Netz brauchen, das mehr bietet als die allernotwendigste Sicherung vor der Armut. An diesem Punkt setzt jetzt erst eine Diskussion ein. Falls sie sozialpopulistisch entschieden wird, drohen meines Erachtens auch negative Konsequenzen für Europa. Dann wird es wohl im europäischen Integrationsprozess langfristig zu Achsenverschiebungen kommen, und das darf nicht passieren. Aus diesem Grund ist jetzt der demokratische Streit eröffnet. Und zwar nicht nur bei uns. Das gilt generell. Wir werden, wenn wir Antworten finden wollen – ich kann sie Ihnen heute Abend nur in groben Konturen skizzieren –, Methode, Verfahren und Substanz sorgfältig analysieren müssen.

Ein europäisches Legitimationsverfahren

Was heißt Methode? Das Positive am französischen Referendum, wie ich es erlebt habe, war, dass es zum ersten Mal eine wirklich europäische Debatte gab. Eine Debatte auf nationaler Ebene, die aber gleichzeitig europäisch war. Das Nein ging weit über das nationale Nein hinaus und zeitigte Wirkung: Die Niederländer sagen, mit einem französischen Ja wäre es auch bei uns eines geworden. Die Briten hätten dann ihr Referendum nicht auf Eis gelegt und andere auch nicht: Konsequenzen der Methode. Gibt es eine andere? Der portugiesische Ministerpräsident hat diese Frage bei der letzten Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel aufgeworfen, zu Recht. Man wird also über die Methode nachdenken müssen.

Zweitens haben wir da die Legitimierung, das Verfahren. Man kann nicht so lange abstimmen, bis einem das Ergebnis passt. Aber man wird die Nation mitnehmen müssen, man wird in Zukunft ein demokratisches Legitimationsverfahren brauchen, national oder europäisch. Wie soll es aussehen? Das sind Aufgaben, die wir nun erst zu diskutieren beginnen. Und das Dritte ist der eigentliche Verfassungsprozess. Hier lässt sich noch nicht viel sagen. Klar scheint mir zu sein, dass wesentliche Elemente – wie die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die Stärkung der Demokratie in Europa, das Subsidiaritätsprinzip – durchzudeklinieren sind.

Den Parlamenten der einzelnen Länder gebührt dabei im doppelten Sinne Mitverantwortung: Sie sollten nicht nur Ja oder Nein sagen, sondern aktiv mitgestalten und Ergebnisse mittragen. Die Verzahnung von nationaler und europäischer Öffentlichkeit bedeutet auch mehr Verantwortung für das Europäische Parlament und hat Einfluss auf die Politik der Europäischen Kommission. Die nächsten Europawahlen liegen noch ein Stück weit vor uns, doch in diesem Kontext wird sich erweisen, ob vor allem die »großen Familien«, wie es so schön heißt, also die großen Parteien, in der Lage sein werden, mit einem überzeugenden europäischen Programm und entsprechendem Personal europaweit anzutreten. Die Integration Europas muss wirklich ein politischer Prozess werden. […]

Und schließlich die Substanz: Ihre Elemente habe ich bereits genannt. Hinzu tritt selbstverständlich die Frage der europäischen Finanzen. Ferner die Frage der europäischen Modernisierung. Welche Rolle kann dabei die EU spielen? Ich glaube, der größte Teil wird auf nationaler Ebene zu erbringen sein. Die Koordination wird aber zweifellos immer wichtiger, vor allem innerhalb des Euroverbundes. Auch das kann noch eine ganze Reihe von Verwerfungen mit sich ziehen.

Pessimistisch bin ich nicht …

Ich hoffe sehr, dass ich nun bei Ihnen nicht den Eindruck von Pessimismus erweckt habe – denn pessimistisch bin nicht, was Europa angeht. Ich wollte Ihnen lediglich eine realistische Analyse vom aktuellen Stand der Dinge in Europa geben. All diese Fragen werden bei uns in die nationale Politik hineinreichen. Und ich hoffe, dass wir hier nicht die Entwicklung erleben, wo man sich aus kurzfristigem wahlpolitischen Interesse einbildet, Verluste begradigen und Verluste abschneiden zu müssen. Ich hoffe, dass man hier in Deutschland weiterhin europäischen Interessen dient und zum europäischen Integrationsprozess steht. Für eine retardierende Entwicklung in Europa, und sei es nur Stagnation, würden wir einen hohen Preis zahlen – sicherheitspolitisch wie ökonomisch. Es würde einen Rückfall bedeuten. Und das ist das Letzte, was Europa sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt erlauben darf.

Auch die europäische Demokratie hat sich mit Donnerklang zu Wort gemeldet. Darauf muss man reagieren. Das aktuelle Legitimationsdefizit kann nur in einem demokratischen Prozess positiv aufgefangen werden, nicht durch ein trotziges Weiterso. Ein Weiterso in der Substanz, soweit sie richtig ist, halte ich für angemessen. Ein Weiterso im Verfahren wird es hingegen nicht geben können. Der europäische Demos in Form nationaler Demokratien wurde herausgefordert und hat zugebissen. Das müssen wir realisieren. Die Antwort darauf kann nun nicht sein: »Das machen wir nie wieder.« Sondern darauf muss die Entwicklung einer tragfähigen europäischen Demokratie folgen, mit starken nationalen Bastionen.

Das ist die Herausforderung, vor der wir jetzt stehen. Ich hoffe, dass dabei die Wirtschaft einen entscheidenden Faktor bildet. Last but not least, dieses Europa wird nicht funktionieren ohne ein erneuertes Sozialmodell. Wettbewerbsfähigkeit plus Gerechtigkeit plus Freiheit – auf ein fruchtbares Zusammenspiel dieser drei Elemente kommt es an. Einzeln tendieren sie meines Erachtens eher dazu, sehr negative Gegenkräfte zu evozieren. Deshalb hoffe ich, dass der notwendige demokratische Streit uns in eine neue Balance führt. Sie muss uns befähigen, unsere Rolle in der Welt von morgen erfolgreich zu spielen – im Interesse der Bürger, der Mitgliedsstaaten und ihres gemeinsamen Projektes: der Europäischen Union. ⊡

30% Parlamentarismus ? = 70% Frust !

Ja, was nun? Genießt der Kanzler das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages, oder genießt er es nicht? Bei aller Verwirrung der vergangenen Wochen seit der Nordrhein-Westfalen-Wahl um den weiteren Weg zu einer dauerhaft handlungsfähigen Regierung wird ein sattsam bekanntes Denkmuster sichtbar. Mehr noch: Das etablierte Denk- und Handlungsschema, wonach Mehrheiten überall geschmiedet werden, nur nicht im Parlament, ist als ursächlicher Auslöser der gegenwärtigen parlamentarischen Krise entlarvt worden.

Längst haben wir uns daran gewöhnt, dass stellvertretend eher bei Sabine Christiansen, medial verstärkt, deutlicher Richtungsentscheidungen vorgetragen werden als in den dafür vom Abgeordnetengesetz und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vorgesehenen Gremien und Ausschüssen. Telephonate zwischen Berlin und den Hauptstädten der Landesfürsten, Kungelrunden in Hinterzimmern und Kreisverbänden der Parteien haben die Suche nach parlamentarischen Mehrheiten längst ersetzt.

Fraktionszwang, Probeabstimmungen, Lagerdenken und Sorge vor Mandatsverlust tun ihr Übriges und entwickeln ihre leidige Wirkung bis hin zu einem Maulkorbparlament. Schlecht besetzte Abgeordnetenreihen im Reichstag werden zum gewohnten Bild, und entsprechend gering scheint die Bindekraft mehrheitlich verabschiedeter Beschlüsse.

Man mag dem Abgeordneten Schulz politisch zugeneigt sein oder nicht, zu widersprechen ist seiner Kritik am Verfahren der herbeigeführten Auflösung des Deutschen Bundestages nur schwer. Seine Verfassungsbeschwerde jedenfalls ist nicht gänzlich frei von Plausibilität. Das Grundgesetz räumt den Mitgliedern des Deutschen Bundestags ein weitaus höheres Recht ein – es weist nicht von ungefähr auf die hohe Stellung der persönlichen Unabhängigkeit jedes Angeordneten hin, der ja zunächst nur seinem Gewissen verpflichtet ist –, als dies im Alltag des Regierungsmanagements zuweilen Beachtung findet. Es ist zu erwarten, dass, unabhängig von ihrem Entscheid, die Karlsruher Verfassungsrichter explizit auf diesen Grundsatz mahnend verweisen werden.

Wer viel fragt, geht viel irr. Möglicherweise steht diese Volksweisheit am Beginn mancher Gesetzesvorhaben. Man mag ja auch Gefallen daran finden, dass die Notwendigkeit zu rascher und möglichst unverwässerter Umsetzung gesetzgeberischer Initiativen den vorbereitenden Weg am Parlament vorbei reizvoll erscheinen lässt. Wenn das Parlament zum permanenten Vermittlungsausschuss mutiert, weil Blockaden aus parteipolitischen Interessen ein zügiges und sachgerechtes Verfahren kaum mehr zulassen, hilft es, »par ordre de mufti« zu agieren, um die Stagnation zu überwinden. Gemacht wird, was die Führungsspitze vertritt, eher pro forma muss der Sachverhalt dann noch im Parlament mehr oder weniger saft- und kraftlos vorgetragen und »abgenickt« werden.

Leere Stuhlreihen ebenso wie leere Regierungsbänke, resignierte Abgeordnete auf den hinteren Plätzen, sich müde dahinschleppende Redebeiträge werden so zum prägenden Bild des Plenums. Entsprechend verhält sich dessen Attraktivität für den Beobachter: Der nämlich wendet sich gelangweilt ab und geht so lange ein Bier trinken. Recht hat er.

Allein, Grundsatzdebatten taugen nicht dazu, sie mit Vorabsprachen oder gar mit einem Machtwort zu beenden; viel zu komplex ist diese Gesellschaft, als dass man ihr mit einer vereinfachten und beschleunigten Sichtweise beikäme. Und zu mündig ist sie gottlob auch. Reformwerke, wie jene vom Gewicht der Agenda 2010, die tief in die bundesdeutsche Sozialgesetzgebung und damit in unser gesellschaftliches Selbstverständnis hineinwirken, dürfen nicht so nebenbei durch das Bundespresseamt leidlich bekannt gemacht werden. Da muss nicht allein um Zustimmung für Einzelmaßnahmen, sondern vielmehr für eine breite Akzeptanz einer maßgeblichen programmatischen Richtungsänderung geworben werden. Dafür braucht es Auseinandersetzung, Argumentation, Überzeugungskraft und Vision. Dafür braucht es Parlamentarismus. Die mangelhafte Vermittlung der Hartz-Gesetze war der mediale Managementfehler der Regierung Schröder; die allgemeine Ratlosigkeit bis hin zu lautstarker Ablehnung erhielt am Ende mehr Gewicht als der beabsichtigte und zu erwartende gesellschaftliche Gewinn.

Und noch wesentlicher: Der Parlamentarismus wird Stück für Stück abgeschafft. Vorbei die Zeiten, in denen im Bundestag Gesetze gemacht wurden. Vorbei die Zeiten, in denen sich die Bürger am Stand der Debatte im Parlament über die Vertretung ihrer Interessen, personifiziert in ihrem Abgeordneten, sachkundig machen konnten. Vorbei auch die großen Auftritte im Parlament, wo tatsächlich um Positionen gerungen wurde, wo die Veränderung von Mehrheiten noch möglich war, in der sich die Gesellschaft in allen Ausprägungen widerspiegelte. Brillante Rededuelle, ja veritable Redeschlachten, wie wir sie letztmalig bei der Abstimmung über den Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin oder über den Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo erlebten, werden so zur raren Ausnahme. Sternstunden des Parlamentarismus, man wünschte sich mehr von ihnen!

Nicht zuletzt wegen seiner Integration und Identifikation stiftenden Kraft sollten wir an einem starken Parlamentarismus festhalten. Lebhafte, im Ausgang offene Debatten sind unterhaltsam und verstärken so das gesellschaftliche Interesse an der Parlamentarischen Demokratie. Wer es nicht glaubt, der möge einmal am Ausgang des Reichstags in die Gesichter der Besucher sehen, womöglich noch in die von Schülern, die eben das Parlament verlassen. Die Erleichterung darüber, dass damit ein weiterer Berlin-Programmpunkt »abgehakt« wurde, ist geradezu mit Händen greifbar.

Schade um die ungenutzte Chance! Dabei weiß jeder Unternehmer, dass gut informierte Mitarbeiter, die sich obendrein mit den Unternehmenszielen identifizieren, bessere Mitarbeiter sind. Und was im Kleinen Richtigkeit hat, hat es erst recht im Großen. Das gilt auch für den Staat und seine Bürger. Besonders in Zeiten, in denen Wohltaten wieder eingesammelt werden müssen. Genau dann wird aus kollektivem Verständnis gesellschaftliche Akzeptanz, ohne deren Gestaltungskraft die großen Aufgaben von nationaler Bedeutung nicht gemeistert werden können. Dazu braucht es Weitsicht, Nahsicht und manchmal auch Nachsicht. Und nicht zuletzt ein Quentchen Mut. Kein Problem für den, der sich seiner Sache sicher ist.

Manfred Kurz

Wirtschaftspreis 2005 der Union Mittelständischer Unternehmen an Ministerpräsident Kurt Beck

Hermann Sturm, Präsident der Union Mittelständischer Unternehmen, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Kurt Beck und Bundeskanzler Gerhard Schröder

Von Reben und Rüben hin zu Wachstum und Export

»Herr Ministerpräsident, Sie haben Rheinland-Pfalz gedreht«, war die Kernaussage des Laudators, Dr. Burkhard Schwenker, Vorsitzender der Geschäftsführung von Roland Berger Strategy Consultants, zur Verleihung des Wirtschaftspreises 2005 der Union Mittelständischer Unternehmen, der in diesem Jahr dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, zuerkannt wurde.

Weiter heißt es in seiner Laudatio auf den Preisträger: »Sie haben Rheinland-Pfalz, das Jahrzehnte zuvor, eher einen beschaulichen Platz zwischen Reben und Rüben einnahm, zu einem wachstumsstarken und exportorientierten Bundesland geformt, das im Ranking zusammen mit Baden-Württemberg und Bayern an der Spitze steht.«

Rede des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Gerhard Schröder und namhafte Wirtschaftsvertreter ließen es sich nicht nehmen, der Preisverleihung am 23. Juni 2005 beizuwohnen, die in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal in der Konzernrepräsentanz der Würth-Gruppe, im Würth Haus Berlin, stattfand. Der Kanzler würdigte den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten als einen Treuen:

»Kurt Beck zeichnet zuvörderst seine Treue zu den Aufgaben und zu den Menschen aus. Selbst aus kleinen Verhältnissen kommend, mit 14 Jahren eine Lehre als Elektroinstallateur angetreten, hat er seinen Weg bis an die Spitze des Bundeslandes Rheinland-Pfalz gefunden. Dabei nie die Bürger seines Landes vergessend; er nennt das bei den Leuten sein.«

Hermann Sturm und Michael Schilling, pers. haftender Gesellschafter des Bankhauses Reuschel & Co., München, mit Gerhard Schröder

Hermann Sturm, Präsident der UMU

Der Präsident der Union Mittelständischer Unternehmen, Hermann Sturm, verwies in seiner Ansprache auf die ersten Erfolge, die durch die Reformagenda 2010 der Bundesregierung bereits sichtbar würden: »Es sind dies Maßnahmen in die richtige Richtung, um den Staat von seinen überbordenden und nicht länger finanzierbaren Sozialaufgaben zu befreien.« Kritik übte er an den Überlegungen zu einer geplanten »Reichensteuer«, von der er mutmaßte, »dass diese Neidsteuer eher im Saarland ersonnen wurde«.

Dass die Union Mittelständischer Unternehmen mit ihrer Preisverleihung wieder Quartier im Würth Haus Berlin fand, gab Präsident Sturm Anlass zum Dank an Würth, verbunden mit dem Wunsch, dass daraus eine Tradition erwachsen möge.

Im Namen der Würth Repräsentanz

Für die Würth-Gruppe ergriff der Hausherr der Berliner Repräsentanz, Manfred Kurz, das Wort, um grundsätzlich zur gegenwärtigen politischen Situation Stellung zu beziehen. Als Repräsentant von Würth wie in einem weiteren Sinne als Vertreter der Wirtschaft zollte er dem Bundeskanzler Anerkennung für seinen Mut, auch heiße Eisen anzufassen.

»Ein Politiker denkt an die nächste Wahl, ein Staatsmann an die nächste Generation. Herr Bundeskanzler, bitte halten Sie weiterhin am Zweiten fest. Und wenn dann als bittere Konsequenz droht, dass das richtige Tun die nächste Wahl verlieren lässt, findet man Bestätigung darin, dass gesellschaftlicher Fortschritt nur über Minderheiten möglich ist. Mehrheiten zementieren nur das Bestehende. Mehrheiten sind Produzenten von Dogmen. Mehrheiten machen träge. Seltsam, wie konservativ die Menschen werden, wenn sie nur das Geringste zu verlieren haben. Dabei müssten sie wissen, dass, wer nichts verändern will, auch das verlieren wird, was er bewahren möchte. Dies ist zeitgemäßer Konservativismus.«

Und weiter: »Ein Manager denkt an die nächste Bilanz, ein Unternehmer an eine lange und gute Zukunft seiner Unternehmens. Dies ist die Entsprechung der Wirtschaft auf deren Einlösung die Politik und der Staat ein Recht hat. Wir, bei Würth jedenfalls, werden daran festhalten. Nicht in Fensterreden, sondern an einem jeden Tag, an dem aktuell 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran arbeiten, unserem Unternehmen einen langen und prosperierenden Lebenszyklus zu implantieren. Dies macht natürlich Managementleistung notwendig, die Schaffung einer Eigenkapitalquote in Höhe von fast 50 Prozent allerdings, und dies ist betonierte Solidität, ist nur mit der Haltung eines Unternehmers zu verwirklichen. Der Arbeiter soll seine Pflicht tun, der Unternehmer soll mehr tun als seine Pflicht.«

Freude bei Preisträger und Kanzler
Fotos: Andreas Amann, Berlin

Der Kanzler und Hermann Sturm im angeregten Gespräch mit Bettina Würth

Ein Abend im Zeichen des Mittelstandes

Der Abend im Würth Haus Berlin stand ganz im Zeichen des Mittelstands, ohne dessen Steueraufkommen, Innovationskraft, Bereitschaft zur Berufsausbildung und dessen Arbeitsplatzangebot die Volkswirtschaft erheblich an Schubkraft verlöre.

Parteiübergreifend herrschte Einigkeit darüber, dass die kommende Bundesregierung, unabhängig davon, von welchen Parteien diese getragen werden wird, dass gerade dem Mittelstand Ballast durch Regelungsdichte und Verordnungswut, durch gewerbesteuerliche Entlastung und Erleichterung bei Erbgängen genommen werden muss. Der volkswirtschaftliche Motor, der gerade durch den Mittelstand auf hohe Drehzahlen gebracht wird, wird dadurch nur noch leistungsstärker.

Dr. Peter Sparry, Josef A. Geyer und Dr. Matthias Schürgers, BMWA

Das Verdienst des Preisträgers

Gerade der rheinland-pfälzische Ministerpräsident hat diese Zusammenhänge umfassend erkannt und sie zum Grundsatz seiner wirtschaftsfördernden Politik gemacht. Den Erfolg, den er dabei erzielt, wird auch durch die Verleihung des Wirtschaftspreise 2005 der Union Mittelständischer Unternehmen deutlich. Würth gratuliert sehr herzlich dazu.

Gerhard Schröder, Dr. Werner Baumgart, Vorstandsvorsitzender SGW Multiversa AG

Ende eines gelungenen Abends im Würth Haus Berlin, Kurt Beck verabschiedet sich von Manfred Kurz

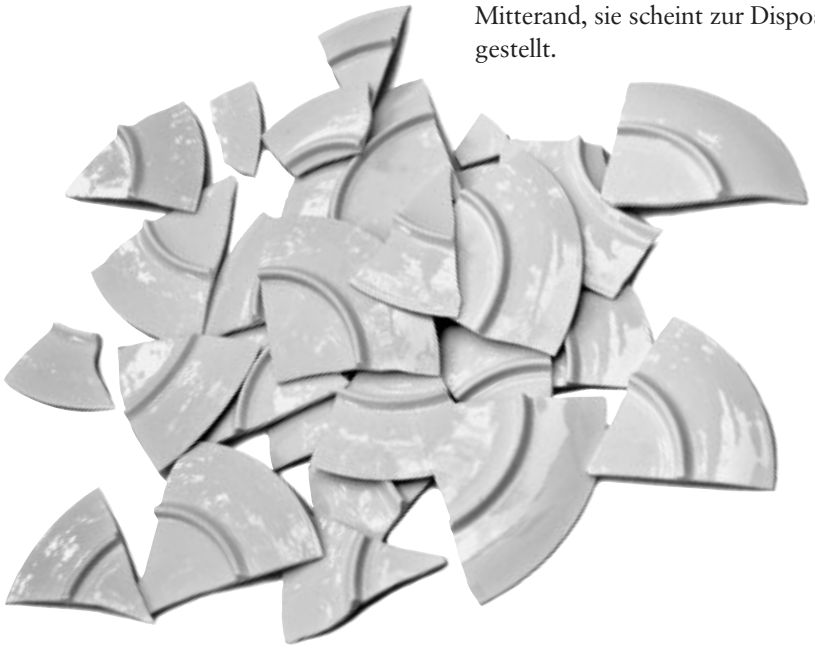
Fotos: Andreas Amann, Berlin

Noch einmal nachlesen und weitermachen!

Der französische Schriftsteller Jean Rouaud empfiehlt seinen Landsleuten eine Psychotherapie: »Das ganze Land gehört auf die Couch!«

Und er ist nicht allein mit seinem Kopfschütteln über den Widerspruch, mehr noch: über die Irrationalität, mit der ein französischer Sonderweg zwischen Zukunftserwartung (»Alles wird besser!«) und Vergangenheitsbeschwörung (»Grande Nation«) gefordert wird. Diffus und ohne greifbares Konzept. Mit dem negativen Abstimmungsergebnis über die EU-Verfassung hat sich Volkes Seele wohl auch national Luft verschafft – der Seitenhieb galt eher der politischen Klasse Frankreichs, doch Europa wurde dabei getroffen. Von hinten, durch die Brust ins Auge!

Gallische Dialektik. Der Scherbenhaufen allerdings ist beträchtlich: Ausgerechnet Frankreich, gewissermaßen Schöpferin der Europäischen Union, zeigt in fortschreitender Konsequenz Europa die kalte Schulter. Verstößt ihr eigenes Kind, das ohne die Elternschaft Frankreichs und Deutschlands, geprägt von den leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege, von Kleinstaaterei und Völkerhass, niemals das Laufen hätte lernen können. Die über vierzig Jahre währende Anstrengung, die zur Überwindung nationalistischer Dogmen notwendig war, festzumachen an Namen historischer europäischer Persönlichkeiten wie Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Robert Schuman, Helmut Schmidt, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl und François Mitterand, sie scheint zur Disposition gestellt.



Der Vertrag über eine Verfassung für Europa, als logische Konsequenz aus allen bislang einstimmig gefassten multilateralen Verträgen und Abkommen, quasi die allein noch fehlende feierliche »Namensgebung« für das Kind, wird schnöde verweigert. Alles scheint bestens vorbereitet, wie bei einer Taufe. Der Täufling fein gekleidet und geschmückt, der notwendige spirituelle Rahmen durch die Römischen Verträge geschaffen. Man versichert sich gut beleumundeter, möglichst belastbarer Paten – und in letzter Minute verweigert Mutter Marianne das Taufwasser! Sie rennt, die Röcke bis unter die Arme hoch gerafft, hysterisch aus der Kirche. Was sagt man dazu?

Die Erfahrung im Umgang mit Personen, die zu Nervenverlust neigen, rät zur Gelassenheit. Jetzt bloß keine Vorwürfe! Tempo herausnehmen und den Ball flach halten! Die wieder einkehrende Ruhe dafür nutzen, mit sachlicher Vernunft den Kindsnamen schrittweise durchdeklinieren. Ein Referendum besitzt eben die Eigenart, dass die Bürger auf Fragen antworten, die gar nicht gestellt werden, sondern auf Stimmungen reagieren, die gerade aktuell sind und medial verstärkt werden. Mit einiger Sicherheit wusste nur ein kleiner Teil der Franzosen, die ihr Votum dagegen geltend machten, im Detail, worüber wirklich abgestimmt wurde. Will heißen: Jetzt muss mit angemessener Aufmerksamkeit erst einmal gelesen werden, was die Europäische Verfassung denn wirklich festschreibt.

Freilich kommt diese Aufforderung auch für deutsche Parlamentarier zu spät. Gar nicht so wenige von ihnen – darunter nicht ganz unbekannte Volksvertreter – wussten den Vertragstext weder in seinen Grundzügen noch en detail zu erklären. Doch zumindest hat sie dieser Umstand nicht davon abgehalten, das Vertragswerk kraftvoll gut zu heißen und im Bundesrat mit überwältigender Mehrheit zur Abstimmung zu bringen. Möglicherweise auch in einem schwärmerischen europäischen Bewusstsein, das sich aus der Präambel zur Europäischen Verfassung speist. Dort heißt es,

dass eine Union gebildet werden soll, »schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas«, aus denen sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben. In der Gewissheit, dass die Völker Europas, stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte, entschlossen sind, die alten Gegensätze zu überwinden und immer enger vereint ihr Schicksal gemeinsam zu gestalten.

Kann man es noch schöner ausdrücken? Also, noch einmal nachlesen und weitermachen. Das Ziel ist lohnend, allemal. Schließlich wurde das bislang Geschaffene auch ohne Verfassung erreicht! Dann muss das Balg eben noch eine gewisse Zeit ohne Namen bleiben, was seiner Vitalität wohl keinen Abbruch tut. Denn gerade diese europäische Vitalität wurde seit den frühen Zeiten der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft immerzu durch die Wirtschaft genährt. Daran wird sich auch künftig nichts ändern, im Sinne der weiteren Prosperität aller Bürger und Mitgliedsländer. Würth ist mit dabei, in allen 25 Mitgliedsländern und vernetzt mit 55 weiteren Ländern weltweit.

Die Wirtschaft, besonders dann, wenn sie grenzüberschreitend aktiv ist, hat die Eigenart, in einem Tempo Verhältnisse zu schaffen, die oft erst im Nachhinein von der Politik legislativ gefasst werden. Auch davon ist in der Europäischen Verfassung die Rede. Teil 3, Abschnitt 2, Artikel III-279, verpflichtet zur Förderung eines günstigen Umfelds für Initiative und Weiterentwicklung von Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Größenordnung, in der gesamten Union wie auch zur Zusammenarbeit zwischen einzelnen Unternehmen.

Na, dann kann ja nichts mehr schief gehen auf dem Weg in eine selbst bestimmte gute Zukunft! Euroland, das mit der doppelten Einwohnerzahl der USA bereits zum jetzigen Zeitpunkt 25% des Welt-Bruttosozialprodukts erwirtschaftet, wartet darauf, unternehmerisch, mutig und verantwortungsbewusst die Verantwortung der nächsten Generation zu übergeben. Und Marianne kommt mit Gewissheit noch hinzu, etwas verspätet zwar, aber wir warten auf sie. Und auf Frau Antje auch …

Manfred Kurz

Albert Einstein – Ingenieur des Universums

Albert Einstein, 1920

»*Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat*«, lässt der Bundeskanzler in riesenhaften Lettern an der Fassade seines Amtssitzes, des Berliner Bundeskanzleramts, den Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein zitieren. Zum einen um auf das Einstein-Jahr 2005 aufmerksam zu machen, und zum anderen um einem der bedeutendsten Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts angemessene Reverenz zu erweisen. Auch mit der beabsichtigten Wechselwirkung nach außen – als Verneigung vor dem mündigen Bürger – wie nach innen – als verpflichtende Maxime seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regierungszentrale, um den steten Fokus auf die zivile Unabhängigkeit vom Staat zu richten. Urliberale Dialektik. Respekt, Kanzler!

$E = mc^2$

Was am Berliner Kanzleramt formelhaft zu erfahren ist, findet 1 km Luftlinie weiter seine vertiefende Fortschreibung. Im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, also genau dort, wo die Spuren dreier deutscher Staaten durch deren Repräsentativbauten buchstäblich zum Greifen nahe sind. Architektur, die explizit und beabsichtigt auf einen übermächtigen Staat und eben nicht auf liberalen Staatsgeist verweist.

In dieser Präsentation – sie dauert noch bis 30. September 2005 – wird neben seinem bürgerlich-gesellschaftlichen Engagement natürlich in erster Linie das wissenschaftlich schöpferische Werk Albert Einsteins gewürdigt. Die Ausstellung bringt die von diesem ausgelöste wissenschaftliche Revolution und den Menschen Einstein als Wissenschaftler und herausragende Person der Zeitgeschichte einem breiten Publikum nahe. Die Schirmherrschaft hat Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich übernommen.

Konzipiert wurde die Ausstellung vom Berliner Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte unter der Leitung von Professor Jürgen Renn, gemeinsam realisiert mit dem Ausstellungsbüro Iglhaut + Partner, Berlin. Und zwar in einer Weise, in der es wunderbar gelingt, selbst komplizierte naturwissenschaftliche Zusammenhänge ausstellungspädagogisch so durchdacht und plausibel darzustellen, dass auch Kinder großen Spaß am Wissenserwerb entwickeln können. Davon jedenfalls zeugen die Räume im Kronprinzenpalais, die mit Schülern in ganzen Klassen oder Kindern in Begleitung ihrer Eltern stets wohl gefüllt sind. »Albert Einstein – Ingenieur des Universums« zählt damit sicherlich zu den Höhepunkten des Einsteinjahres 2005.

Einsteinjahr 2005: 100 Jahre Relativitätstheorie (1905) und 50-jähriger Todestag (1955).

Zu besichtigen ist die Ausstellung seit 16. Mai noch bis 30. September 2005, eine Begleitpublikation ist im Wiley-Verlag erschienen.

Kronprinzenpalais
Unter den Linden 3
D-10117 Berlin
Tel. 030 / 22 66 72 22

Mi – Mo 10 – 20 Uhr
Dienstag geschlossen

www.einsteinausstellung.de
(Dort auch Informationen über begleitende Veranstaltungen)

www.einstein-online.info

POLITISCHE ÜBERSICHT
von
EUROPA.
Maafsstab 1 : 24,000,000
10 5 0 10 20 40 60 80 100
Deutsche Meilen, 15 = 1 Aequatorgr.
Island
Nördlicher Polarkreis
Färöer
Hebriden
Shetland Is.
Orkney Is.
Rockall
Irland
England
Schottland
NORD SEE
Dänemark
Norwegen
Schweden
Christiania
Bergen
Stockholm
Kopenhagen
Hamburg
Bremen
Berlin
Amsterdam
Belgien
Frankreich
Paris
London
Portsmouth
Der Canal
Deutschland
Wien
Prag
Schweiz
Italien
Mailand
Venedig
Turin
Genua
Florenz
Rom
Neapel
Sardinien
Tyrrhenisches M.
Sicilien
Palermo
Malta
Portugal
Lissabon
Oporto
Madrid
Spanien
Barcelona
Balearen
Menorca
Mallorca
Gibraltar
Cadix
Sevilla
Malaga
Cartagena
Valencia
Marseille
Toulon
Nizza
Corsica
Ajaccio
Bonifacio
Algier
Tunis
Constantine
Biskra
El Aruat
Marokko
Fes
Mequinez
Rabat
Tanger
Tetuan
Mogador
Agadir
Tafilalet
Canarische Is.
Lanzarote
Fuerteventura
Porto Santo
Madeira
Belad el Dschered
ATLANTISCHER OCEAN
MITTELLÄNDISCHES MEER

Lappland
Weisses Meer
Archangel
Mesen
Petschora
Ulleaborg
Finnland
Petersawodsk
Wasa
St. Petersburg
Stockholm
Nowgorod
Reval
Dorpat
Riga
Pskow
Mitau
Memel
Königsberg
Wilna
Grodno
Minsk
Witebsk
Dünaburg
Smolensk
Mohilew
Waldai
Twer
Jaroslawl
Kostroma
Wologda
Ustjug Weliki
Wjätka
Perm
Kasan
Wolga
Wladimir
Nishnij Nowgorod
Moskau
Moshaisk
Kaluga
Tula
Rjäsan
Orel
Kursk
Koslow
Tambow
Woronesh
Pensa
Simbirsk
Sysran
Samara
Saratow
Wolgsk
Orenburg
Uralsk
Ufa
Jekaterinburg
Tobolsk
Tschernigow
Kiew
Charkow
Poltawa
Krementschug
Jekaterinoslaw
Berdytschew
Shitomir
Pinsk
Brody
Lemberg
Galizien
Polen
Warschau
Lublin
Bialystok
Kamjenjetz
Nikolajew
Cherson
Odessa
Taganrog
Asow
Nowo Tscherkask
Nachitschewan
Sarepta
Astrachan
Krim
Stawropol
Ciskaukasien
Mosdok
Georgien
Tiflis
Derbend
Baku
Erivan
Kars
Kaspischer See
Schwarzes Meer
Moldau
Siebenbürgen
Walachei
Bukurescht
Serbien
Silistria
Rustschuk
Warna
Constantinopel
Sinope
Trapezunt
Batum
Erserum
Tokat
Siwas
Angora
Kutahia
Brussa
Smyrna
Kleinasien
Koniah
Adana
Armenien
Kurdistan
Mesopotamien
Mosul
Wan
Tabris
Teheran
Persien
Bagdad
Irak Arabi
Basra
Urfa
Haleb
Hamah
Tadmur
Damascus
Beirut
Akka
Jerusalem
Syrisch-Arabische Wüste
Cypern
Rhodos
Karpatho
Candia
Griechenl.
Saloniki
Philippopel
Sofia
Schwarzes Meer